

Miserabler Verbraucherschutz

Defizite in Gesetzgebung attestiert / Rot-Grün hat bislang kläglich versagt / Grüne sollen endlich handeln

BERLIN – 2.12.2003 (khd/pm). Der Verbraucherschutz ist in Deutschland – wohlwollend ausgedrückt – „lediglich mitemäßig“. Das ergab jetzt eine britische Studie, die der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) heute in Berlin vorstellte [04]. Verglichen mit anderen Ländern sei es hierzulande für Verbraucher beispielsweise besonders teuer und aufwendig, Ansprüche gegen Firmen durchzusetzen. Die britischen Autoren stellen in ihrer Untersuchung fest: Firmen müssen in Deutschland kaum befürchten, bei Verstößen gegen Verbraucherschutzgesetze vor Gericht belangt zu werden.

In Deutschland ist es zudem rechtens, wenn völlig unbescholtene Bürger urplötzlich eine Abmahnung eines (Abzock-) Anwalts erhalten – kostenpflichtig (durchaus bis zu 1000 Euro), nur weil sie auf ihrer privaten Internet-Homepage einen verzeihlichen Fehler i. S. des Markenrechts o. ä. begangen haben [khd-Page berichtete [02]]. Es hätte doch ein freundlicher Hinweis ausgereicht, um den Mangel abzustellen. Natürlich hätte der Gesetzgeber um 1994 solche kostenpflichtigen Abmahnungen auf den Kreis der Voll-Kaufleute (HGB) beschränken müssen. Obwohl Rot-Grün nun bereits 5 Jahre regiert, haben sie „diesen Unsinn“ noch immer nicht korrigiert, sagen regelrecht abgezockte Betroffene.

Im Januar hatte Thilo Bode von der unabhängigen Verbraucherschutz-Organisation FoodWatch angesichts der sich häufen-

den Lebensmittel-Skandale bereits konstatiert: „*Wenn die Politik nicht endlich damit anfängt, die Strukturen und rechtlichen Grundlagen zu ändern [Ed: und sinnvolle Vorschläge dafür liegen seit 1989 (!) auf dem Tisch [01]], wird es mit den Skandalen weitergehen. Aber die rot-grüne Regierung kneift. Sie kneift vor dem Bauernverband und der Macht des Agro-*

Business, namentlich Raiffeisen [Ed: quasi ein Staat im Staat]. Sie drückt sich davor, Gesetze zu erlassen, die die Vergiftung von Futtermitteln und Lebensmitteln als strafbare Handlungen ächten, und nicht mehr als Ordnungswidrigkeit durchgehen lassen.“ [03]

Von allen Verbraucherschützern wird der Bundesregierung vorgeworfen, dem Schutz der Konsumenten eine viel zu geringe Priorität beizumessen – obwohl es dafür seit Januar 2001 eigens ein Bundesministerium gebe.

Insbesondere die Grünen haben – obwohl überreicher Handlungsbedarf besteht – das Aufarbeiten der vielen Versäumnisse der Kohl-Regierung beim Verbraucherschutz sträflich vernachlässigt, wie unlängst der Humana-Skandal mit toten Babys deutlich machte. Die Grünen haben sich bislang als unfähig erwiesen, „ernsthaft den Verbraucherschutz im Sinne alter Forderungen [01] voranzutreiben“, sagen die Kritiker. Und von enttäuschten Grünen-Wählern ist dieser Tage bereits zu hören: „*Sollten sie eine Blockade ihrer Gesetzes-*

„Wenn die Industrie anruft, springen alle gleich.“

Edda Müller (61), oberste deutsche Verbraucherschützerin (VZBV), im „Tagesspiegel“ vom 5.12.2003.

vorstöße (wo sind sie?) in Sachen Verbraucherschutz durch den Koalitionspartner SPD befürchten, dann sollten sie uns das klar und deutlich sagen und allerschleunigst die Koalition verlassen." Der Verbraucherschutz gehöre wie die Atomenergie-Frage nun einmal zu den „grünen Essentials“, heißt es.

Geheimer Verbraucherschutz

BERLIN – 5.12.2003 (khd). Zudem hat FoodWatch unlängst nachgeschaut, wie das mit dem Verbraucherschutz im Parlament aussieht: Die Zusammensetzung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag läßt sehr massive Zweifel an einer aus-

gewogenen Zusammensetzung aufkommen. Er sei in der Mehrheit durch Abgeordnete besetzt, die gleichzeitig in Entscheidungsgremien von landwirtschaftlichen Verbänden oder Raiffeisen-Genossenschaften sowie Landwirte oder Angehörige der IG Bergbau und Chemie sind. Diese stehen sicher der Erzeugerseite näher als der Verbraucherseite.

Was dann aber noch mehr verblüfft, ist die Tatsache, daß dieser „Verbraucher-auschuß“ meist hinter verschlossenen Türen tagt – in nicht-öffentlichen Sitzungen. Was nur haben diese Volksvertreter vor dem Volk in Sachen Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu verbergen?

Mehr zu diesem Thema:

- [01] [00.09.1989: Forderungen an eine verbraucherorientierte Lebensmittelüberwachung] (NATUR)
URL: http://bse.khd-research.net/M/edien00.html#NAT_2
- [02] [29.09.2000: Markenrecht über alles?] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News02.html#10>
- [03] [16.01.2003: Thilo Bode: Das Huhn, das Ei – und das Nitrofen] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://bse.khd-research.net/M/edien30.html#TASP_3
- [04] [02.12.2003: Verbraucher-Pisa: Konsumentenschutz in Deutschland nur Mittelmaß] (VZBV)
URL: http://bse.khd-research.net/M/edien31.html#YAH0_6

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 250 der Ausgabe der »khd-Page« vom 7. Dezember 2003 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News06.html#11> .